

Bauern aus den umliegenden Dörfern am frühen Morgen, um frischgeerntetes Gemüse und andere landwirtschaftliche Erzeugnisse zu verkaufen. Dann fahren sie in ihre Dörfer zurück, um dort ihre Arbeit zu erledigen, und kehren zu den Haupteinkaufszeiten am Abend auf die Märkte zurück.

Die Preise auf diesen Märkten gingen im letzten Jahr um 4,6% zurück, sind jedoch im allgemeinen höher als in den staatlichen Verkaufsstellen. In Beijing liegen die Preise für einige Produkte (z.B. Birnen, Tabakblätter und einige kleine Handwerkserzeugnisse) niedriger als in den staatlichen Verkaufsstellen. Der Preis für Reis ging in diesem Frühjahr auf den Bauernmärkten um 4,5% zurück (XNA, 8.5.81, nach MD, 12.5.81).

-ga-

(43) Privatparzellen für Brennholz

Die landwirtschaftliche Bevölkerung Chinas soll in Zukunft die Möglichkeit erhalten, im Bergland Privatparzellen zu bekommen und diese zur eigenen Versorgung mit Bau- und Brennholz zu nutzen. Diese Forderung wird in einem Artikel der theoretischen KP-Zeitschrift Hongqi (Rote Fahne) aufgestellt. Nach Aussagen des Artikels sind diese Berggegenden durch relativ schlechte wirtschaftliche Verhältnisse gekennzeichnet. Die Vegetation großer Landstriche sei durch Erosion sehr schwerwiegend gestört und häufig von Naturkatastrophen heimgesucht. Die Ernteerträge von Getreide und Industriepflanzen seien relativ niedrig. Hinzu käme, daß die Bauern völlig unzureichend mit Brenn- und Bauholz versorgt seien. In diesen meistens dünn besiedelten Gebieten könne jede Person im Durchschnitt mehr als 10 mu Land (1 ha = 15 mu) zur privaten Aufforstung erhalten.

Im Artikel werden verschiedene Vorteile dieser Privataufforstung genannt: Erstens sei es eine grundsätzliche Möglichkeit, das Problem von Feuerholz und Bauholz für die Bauern zu lösen. Zweitens würden dadurch die Waldflächen des Staates und der Kollektive geschützt. Drittens könnten bei einer ausreichenden Versorgung mit Brennholz pflanzliche Abfälle als Dünger verwendet werden (Hongqi, Nr.6, 17.3.81).

-ga-

TAIWAN

(44) Präsident des Gesetzgebungs Yuan neu gewählt

Am 15. Mai wurden der Präsident und der Vizepräsident des Gesetzgebungs Yuan (Staatsparlament) in Taiwan neu gewählt. Der neue Präsident heißt wie der alte Ni Wenya. Auch der alte Vizepräsident Liu Kuocai wurde durch die Wahl in seinem Amt bestätigt. Da sich das Parlament, das vor 33 Jahren gewählt und infolge des Debakels der Guomintang (Kuomintang)-Regierung auf dem chinesischen Festland seitdem noch nicht neu gewählt wurde, immer noch in der "ersten Legislaturperiode" befindet, haben sein Präsident und Vizepräsident bis zur Novellierung des Organisationsgesetzes des Gesetzgebungs Yuan keine festgelegte Amtsperiode. In Taiwan gab es hier viermal einen Amtswechsel. Der jetzige Präsident und Vizepräsident des Hauses sind schon seit Mai 1972 in diesen Ämtern. Seitdem die im Dezember des vorigen Jahres neu gewählten 70 zusätzlichen Abgeordneten in Funktion traten, ist im Parlament eine relativ stürmische Erneuerung im Gang. Einschließlich der 20 von dem Staatspräsidenten ernannten zusätzlichen Vertreter der Überseechinesen machen die neuen Abgeordneten, die anders als die alten Abgeordneten die Le-

gislaturperiode von drei Jahren einhalten müssen, rund ein Viertel der überhaupt noch in Taiwan lebenden und ein Drittel der aktiven Abgeordneten des Hauses aus. Ein Teil der neuen Abgeordneten gehört zur Opposition. Auch die zur Guomintang gehörenden neuen Abgeordneten - zumal diejenigen, die ohne Unterstützung der Partei gewählt wurden - sind der Regierung gegenüber eher kritisch als blindlings ergeben. Um die neue Strömung zu dämpfen, haben die alten Abgeordneten noch vor der Anmeldung der neuen Kollegen im Haus durch Änderungen der Bestimmungen die Häufigkeit der Anfragen und die Redezeit eingeschränkt, die Mindestzahl von Unterschriften, die für allgemeine Anträge erforderlich sind, dagegen von 10 auf 20 erhöht. Dazu wurden zahlreiche Novellierungen von Gesetzen der Regierungsorgane kurz vor dem Ende der letzten Sitzungsperiode in großer Eile verabschiedet. Der erste Schritt, den die neuen Abgeordneten taten, war die Neuregelung der Amtsperiode des Präsidenten und des Vizepräsidenten des Hauses. Die Regierungspartei hat in diesem Parlamentsorgan noch die unangefochtene Mehrheit, und die von ihr vorgeschlagenen Kandidaten für die Ämter des Präsidenten und des Vizepräsidenten des Hauses wurden jeweils mit hoher Stimmenzahl gewählt. Doch hat Präsident Ni Wenya von den 362 abgegebenen Stimmen nur 292 erhalten, während Vizepräsident Liu Kuocai 317 von den 352 abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen konnte (ZYRB und LHB, 16.5.81). Ni (78) stammt aus der Provinz Zhejiang auf dem chinesischen Festland und Liu (70) aus Taiwan.

-ni-

(45) Uran-Herstellung aus Phosphorsäure

Als erstem asiatischen Staat ist es Taiwan gelungen, Uran aus Phosphorsäure zu gewinnen. Dies gab die Regierung in Taipei am 15. Mai bekannt. Vor vier Jahren hatte das Institut für Nuklearenergieforschung unter der Kommission für Atomenergie der Regierung mit dem Projekt begonnen. Durch die Zusammenarbeit mit der staatlichen "China Phosphate Industries Corp." wurde 1978 der Bau der Anlage für die Bereitung von Uran aus Phosphorsäure begonnen, und Anfang dieses Jahres hat sie bereits den Probetrieb aufgenommen. Sie hat eine jährliche Produktionskapazität von 10 t Uran. Zwar ist dies für den jährlichen Uranbedarf Taiwans in einer Menge von 1.000 t nur ein Tropfen auf den heißen Stein, doch hofft man, diese fortschrittliche Technologie oder Anlagen zu exportieren (ZYRB und LHB, 16.5.81; CP, 18.5.81). Nach der Meinung von A. Phillip Bray, dem Vizepräsidenten und Generalmanager der Abteilung für Kernkraftanlagen der US-Firma "General Electric Co.", kann Taiwan in 20 Jahren Technologie und Anlagen von Kernkraftwerken exportieren. Auf der Einweihung der Inbetriebnahme des zweiten Kernkraftwerkes des taiwanesischen Elektrizitätswerkes "Taipower" hat er die Hoffnung geäußert, in Zukunft den Austausch von Technologie und Fachkräften sowie gemeinsame Investitionen zur Produktion von Nuklearenbrennstoffen zwischen seiner Firma und "Taipower" zu verwirklichen (ZYRB und CP, 30.5.81).

Zur Zeit verfügt Taiwan über drei Kernkraftwerke und steht damit in diesem Sektor bereits an 9. Stelle in der Welt. Als Sitz für das geplante 4. Kernkraftwerk mit einer Investition von 107,9 Mrd. NT\$ (36 NT\$ = 1 US\$) ist bereits Fulong, nördlich von Taipei, bestimmt. Wenn alle Generatoren der vier Kernkraftwerke in Betrieb genommen werden, sollen sie einen Anteil von rund 33% der Stromerzeugung Taiwans decken (ZYRB, 16.1., 19.3., 5. und 22.5.81).

-ni-

(46) Neues Autowerk eingeweiht

Das zu dem Autokonzern Yue Loong gehörende neue Autowerk in Sanyi, Kreis Miaoli in Nordwest-Taiwan, ist am 25. Mai mit

der Beendigung der ersten Phase der Bauarbeiten eingeweiht und in Betrieb gesetzt worden. Vorläufig hat es eine Jahreskapazität von 72.000 Pkw. Nach der zweiten Bauphase, die 1982 beginnen und 1985 beendet sein soll, wird sich die Produktionskapazität verdoppeln. Außerdem können jährlich noch 48.000 leichte Nutzfahrzeuge gebaut werden. Mit seinem ersten Autowerk in Xindian, Vorstadt von Taipei, kann der Autokonzern in Zukunft jährlich 260.000 Autos auf den Markt bringen. Für das neue Werk hat die Firma 4,2 Mrd. NT\$ (36 NT\$ = 1 US\$) investiert (ZYRB, 26.5.81). Zwischen der US-Firma General Motors und mehreren staatlichen und privaten Unternehmen unter Führung der "Taiwan Machinery Manufacturing Corp." wurde am 19. Mai ein Joint-Venture-Vertrag zum Bau einer Lkw-Fabrik namens "Huatong" abgeschlossen. Die Fabrik, deren Bau 1983 in Zhongli, Kreis Taoyuan in Nord-Taiwan beendet sein soll, wird jährlich 9.000-10.000 schwere Lkw und 15.000 Motoren herstellen (ZYRB, 20.5.81).

Das vieldiskutierte Projekt einer großen Automobilfabrik mit einer Jahreskapazität von 200.000 Pkw scheint jedoch noch weit von der Realisierung entfernt zu sein (siehe C.a., September 1980, S.739, 0.47). Zwar haben zwei japanische Autokonzerne, Toyota und Nissan, im Herbst 1980 ihr Interesse an einer Gemeinschaftsinvestition beim Wirtschaftsministerium angemeldet, doch hat dieses nicht, wie geplant, noch vor Ende 1980 eine der beiden Firmen als endgültigen Partner finden können. Auch heute ist noch nichts Konkretes zu erfahren. Die Schwierigkeit liegt hauptsächlich darin, daß die Regierung dem geplanten Werk einen hohen Exportanteil von 50% sowie einen Anteil der inländischen Komponenten von 70% am Endprodukt auferlegte. Nachdem die Regierung nun ihre Bereitschaft gezeigt hat, die Prozentaufgaben nach unten zu revidieren, steht sie wieder vor dem Widerstand der einheimischen Autoindustrie. Außer Yue Loong gibt es noch fünf andere Montagebetriebe. Ihr Gesamtabsatzergebnis von 136.330 Einheiten (74.385 Pkw und 61.945 Nutzfahrzeuge) lag 1980 weit unter der Produktionskapazität von 188.000 Einheiten. Wenn das geplante große Autowerk seinen Absatz mehr auf den inländischen Markt konzentrieren müßte, würde die Existenz der kleineren Werke bedroht (NfA, 5.5.81).

-ni-

(47) Ausstellung europäischer Produkte in Taipei

Vom 4. bis zum 10. Mai hat die erste Ausstellung europäischer Produkte im Welthandelszentrum der Stadt Taipei stattgefunden, an der insgesamt 293 Firmen aus West-, Nord- und Südeuropa teilnahmen. Über 200.000 Menschen, einschließlich des Staatspräsidenten Jiang Jinguo (Chiang Ching-kuo) und des Ministerpräsidenten Sun Yunxuan (Sun Yun-suan), haben die Messe besichtigt. Während der siebentägigen Ausstellung wurden Aufträge in einer Höhe von 15 Mio. US\$ abgeschlossen, und weitere Kaufverträge, über die noch Verhandlungen liefen, könnten nach der Messe folgen. Zwischen der "Taiwan Aluminium Corp." und dem französischen Unternehmen SECIM wurde am 5. Mai noch außerhalb der Messe ein Vertrag abgeschlossen, eine Kaltpresse im Wert von 20 Mio. US\$ einzuführen.

Der Handel Taiwans mit Europa hat in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen. 1971-1980 ist er um das Zwölfwache gestiegen, während der Zuwachs des Gesamtaußenhandels der Insel im gleichen Zeitraum nur das Zehnfache betrug. Im letzten Jahr belief sich der Handel zwischen Taiwan und Europa auf rund 5 Mrd. US\$ mit einem Überschuß von mehr als 1,25 Mrd. US\$ zugunsten Taiwans. Der Export nach Europa nahm rund 16% der Gesamtexporte Taiwans ein. Im ersten Quartal dieses Jahres fiel der Export Taiwans nach Europa im Vergleich zu dem gleichen Zeitraum des vorigen Jahres leicht um 5%, während der Import aus Europa um 7% stieg. Doch man er-

wartet in diesem Jahr noch einen Aufschwung von 20% oder ein Volumen von 6 Mrd. US\$ im Handel zwischen den beiden Seiten.

Von dem Gesamthandel Taiwans mit Europa entfielen im letzten Jahr 86% auf den mit den EG-Mitgliedstaaten. Die Bundesrepublik Deutschland ist der größte Handelspartner Taiwans in Europa. Im vorigen Jahr betrug der Exportwert Taiwans gegenüber der Bundesrepublik Deutschland 1.070 Mio. US\$ und der Importwert 723 Mio. US\$. An der ersten Europa-Ausstellung nahmen jedoch nur 34 deutsche Firmen teil, von denen die meisten nicht sehr bekannt sind. Mit 83 Ausstellern stand Frankreich an der Spitze unter allen Teilnehmerstaaten. Die Niederlande, die durch den spektakulären Verkauf von zwei U-Booten an Taiwan nun große Sympathien auf der Insel genießen, nahmen hinter der Bundesrepublik den dritten Platz ein. Sonstige Teilnehmerstaaten waren die Schweiz, Österreich, Italien, Großbritannien, Griechenland, Belgien, Dänemark, Spanien, Portugal und Schweden (ZYRB und LHB, 3.7. und 11.5.81; Central News Agency, Taipei, 4.5.81).

Auf einem Symposium über die EG und Asien vom 19. bis 21. Mai in Taipei, an dem 15 Wissenschaftler aus Europa und 60 aus Taiwan teilnahmen, wurde auch ein Weg zur Erleichterung des Handels zwischen der EG und Taiwan diskutiert. Abgesehen von der Vatikanstadt unterhält Taiwan zu keinem europäischen Staat diplomatische Beziehungen. Im Vergleich zu seinen wichtigsten Handelskonkurrenten Südkorea und Hongkong muß Taiwan ohne den Vorteil der Meistbegünstigung für seine Ausfuhr nach Europa mehr Zoll bezahlen. Da es an Verhandlungsmöglichkeit zwischen den Regierungen fehlt, können die europäischen Staaten einseitig die Waren aus Taiwan mit Einfuhrquoten belegen. Für Europareisen müssen Geschäftsleute in Taiwan lange Zeit auf ein Visum warten. Seit einem Jahr zeigen die europäischen Unternehmer jedoch immer mehr Interesse an dem taiwanesischen Markt. Acht europäische Staaten (die Niederlande, Österreich, die Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Belgien, Spanien und Griechenland) haben halbamtliche Handelsbüros in Taipei errichtet. Schweden und Italien wollen bald folgen. Auch fünf große europäische Banken haben Filialen in Taipei. Taiwan hat seinerseits in 11 europäischen Staaten (der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Belgien, Spanien, den Niederlanden, Österreich, der Schweiz, Dänemark und Norwegen) Handels- oder Wirtschaftsvertretungen (LHB, 28.5.81).

-ni-

(48) Weitere Katastrophen

Im Laufe des Monats Mai wurde Taiwan wieder von einer Reihe von Katastrophen heimgesucht. Am 10. Mai brach ein Feuer im 9. und 10. Stock des dreizehnstöckigen Hochhauses "Formosa Plastic Building" in Taipei aus, wo sich das Büro des Chinesischen Verbandes für Außenhandelsentwicklung befindet. Dabei wurden die Computeranlage, Daten und Akten des Verbandes zerstört und vier Menschen verletzt. Der Schaden wurde auf über 100 Mio. NT\$ (36 NT\$ = 1 US\$) geschätzt (ZYRB, 11. und 24.5.81; LHB, 11.5.81). Am 25. Mai ereigneten sich im Norden der Insel zwei Eisenbahnunglücke. Ein Taxi und ein Dreiradkraftfahrzeug sind jeweils bei der Durchfahrt von unbewachten Bahnübergängen mit dem fahrenden Zug zusammengestoßen. Vier Menschen kamen dabei ums Leben, drei wurden schwer verletzt (ZYRB, 26.5.81). Am 28. Mai hat ein starker Monsunregen den drei Kreisen Taoyuan, Xinzhu und Miaoli in Nordwesttaiwan eine große Überschwemmung mit einem Gesamtschaden von über 1,1 Mrd. NT\$ gebracht. Acht Menschen sind ertrunken und ein weiterer verschollen. Über 300 Häuser und 7.198 ha Felder wurden von dem Wasser vernichtet oder schwer beschädigt (ZYRB, 29.5.-1.6.81).

-ni-